

Pressemitteilung
108-2019
Kiel, 08.05.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die Neulandhalle sollte zum Pflichtprogramm werden

Zur heutigen Eröffnung der Neulandhalle als historischer Lernort erklärt die kulturpolitische Sprecherin des SSW im Landtag, Jette Waldinger-Thiering:

Dass die Neulandhalle heute an der Westküste die Türen öffnen kann, ist keine Selbstverständlichkeit. Es hat vieler Diskussionen und die Überwindung mancher Widrigkeiten bedurft, um aus dem Nazi-Bau einen neuen historischen Lernort zu machen. Wo andere nur "Altlasten" ausmachten, deren Übernahme nicht Aufgabe des Landes sein könnte, sah unsere damalige Kulturministerin Anke Spoorendonk Chancen und Möglichkeiten. Hier am Dieksanderkoog konnten Land und Kirche gemeinsam historisch-gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Aus dem ehemaligen Musterprojekt zur Gründung einer arischen Volksgemeinschaft für Erlesene sollte ein Lernort werden, der einen vertieften Einblick ermöglicht in die Entstehung und der Unterstützung des Nationalsozialismus. Ein Anliegen, dass in der heutigen Zeit des Rechtsrucks und des Geschichtsvergessens wichtiger denn je erscheint. Und ein Anliegen, für das Anke Spoorendonk, der Kirchenkreis Dithmarschen und Geschichtspräsident Uwe Danker von der Flensburger Europa-Universität hart kämpfen mussten.

Doch am Ende hat es geklappt. Dazu gratuliere ich herzlich und danke allen, die bis zum Schluss an das Projekt geglaubt und sich dafür eingesetzt haben.

Ich bin überzeugt davon, dass die Ausstellung in Zukunft viele Besucher



anziehen und ihren Beitrag dazu leisten wird, dass sich die Geschichte in Deutschland nie wiederholt. Besonders für Schulklassen sollte dieser neue historische Lernort zum Pflichtprogramm werden. Am Geld soll es jedenfalls nicht scheitern, denn das Land stellt den Schulen seit der letzten Legislaturperiode entsprechende Zuschüsse für Gedenkstättenbesuche zur Verfügung. Auch dies übrigens auf Initiative unserer damaligen SSW-Ministerin

